

Ergebnisse der Workshops

Großveranstaltung „Planungsbeschleunigung – Neue Gesetze und deren Auswirkungen auf die Belange des Naturschutzes“

Gesellschafter:



In Kooperation mit:



1. Entfallen von Verfahren
 - Wegfall des Raumordnungsverfahren nachteilig für Verbandsbeteiligung
2. Änderungen im Verwaltungsverfahren
 - Vorteil durch Digitalisierung besonders für Zugang zu Unterlagen
 - Fehlende Erörterungstermine nachteilig für Verbandsbeteiligung, da keine erneute Erwiderung möglich
3. Änderungen im Gerichtsverfahren
 - Aufschiebende Wirkung bei Bundesstraßen und Autobahnen entfällt → Vor vollendete Tatsachen
 - Größere Zahl an Eilverfahren zu erwarten → Überlastung der Gerichte ist zu erwarten
4. Änderungen materiellen Rechts
 - RROP und LRP haben weiterhin Bestand
 - §13 BauGB relevant für Planungsbeschleunigung → nachteilig für Verbandsbeteiligung
 - Ohne Verwaltungsakt entfällt Monatsfrist für Widerspruch/Klage

1. Durch einen potentiellen Wegfall der EÖT, ist das Vernetzen von verschiedenen Akteur*innen schwieriger. Dadurch auch potentiell weniger effektive Einwendungen.
2. Nur durch Klagemöglichkeit der Verbände erhält die Stellungnahme an Bedeutung, überhaupt berücksichtigt zu werden
3. Öffentlichkeitswirksame Einmischung (Pressemitteilungen) ebenfalls wichtig
4. Wunsch:
 - früher Einbezug der Naturschutzverbände; z. B. durch einen frühen Scoping-Termin für mögliche Konfliktbereiche → früher Einbezug der örtlichen Naturschutzkenntnisse; das führt dann zu einer Planungsbeschleunigung, da große Konflikte bereits in der 1. Auslegung berücksichtigt sind

Hintergründe zum Neubau der Eisenbahnstrecke Hannover – Bielefeld

(von Martin Stenzel, Labü NRW)

1. Verfahrensabläufe sind vielfältig, komplex und undurchsichtig. Sie werden als sehr kompliziert wahrgenommen und der Überblick geht verloren.
2. Die Unsicherheiten bei den Verbandsmitgliedern aufgrund vieler Rechtsfragen groß
 - Effizientere Gestaltung der zu Beteiligten (Verbände)
3. Zweifel an der Beschleunigungswirkung durch fachliche Standards
4. Die Materie der Betroffenheiten im Umwelt- und Naturschutz ist zu vielfältig, als dass eine gute Vereinfachung machbar erscheint
5. Noch weniger Zeit für komplexe schwierige Unterlagen könnte engagierte Menschen abschrecken, diesen Job überhaupt zu tun

1. Prüfung der Rechtskonformität kostet mehr Zeit als Beschleunigung bringt
2. Nicht unterscheiden zwischen guten und bösen Verfahren
3. Strategische Positionierung vorab von Vorteil
4. Bessere Verfahren, wenn Verbände beteiligt
5. Qualität der Unterlagen abhängig von Personalsituation

1. Effektivere Zusammenarbeit der TÖB's
 2. Verbesserte, vollständige Antrags-/Planungsunterlagen
 3. Überprüfung technischer Standards (z.B. Bauvorschriften)
 4. Fristen für TÖB's
 5. Bessere personelle Ausstattung der Zulassungsbehörden
 6. Statt Schuldzuweisungen für Verzögerungen, Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche mit gemeinsamen Positionen
- Öffentlichkeitsbeteiligung ist kein Faktor, der Verfahren verzögert!

Dieser Workshop ist leider wegen technischer Probleme ausgefallen.

